

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Karlheinz Kopf, Dr. Josef Cap, Konrad Steindl, Dr. Christoph Matznetter  
Kolleginnen und Kollegen

### **betreffend Krise meistern – Wirtschaft stärken – Menschen helfen**

*eingebracht im Zuge der Debatte zur Sondersitzung vom 17. Februar 2009 betreffend den Dringlichen Antrag der Abgeordneten Bucher, Scheibner an den Bundeskanzler betreffend BZÖ-Rettungspakt für Österreich als Soforthilfe für Menschen und Wirtschaft, statt rot-schwarzem Postenschacher und Misswirtschaft*

Ein Ende der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch immer nicht in Sicht.

Die aktuell gültige Prognose des WIFO von Mitte Februar geht nach + 1,8 % Wachstum im Jahre 2008 für 2009 für Österreich von einer Schrumpfung von -0,5% aus und erwartet 2010 eine leichte Entspannung (+0,9%). Angesichts der jüngst prognostizierten Zahlen des Internationalen Währungsfonds und der Prognose-Updates für Osteuropa ist zu befürchten, dass die Prognose für Österreich nach unten revidiert werden muss.

Der Internationale Währungsfonds geht in seiner Prognose von Ende Jänner 2009 davon aus, dass die Eurozone 2009 um -2% schrumpfen wird, besonders stark betroffen ist Deutschland (-2,5%). Für 2010 geht man für die Eurozone von einem sehr schwachen Wachstum (+0,2%) aus. Die bis dato bedeutendste Kraft der Weltkonjunktur – die USA – befinden sich ebenfalls in einer Rezession und werden 2009 eine Schrumpfung von -1,6% vorweisen.

Der für 2009 prognostizierte Konjunktureinbruch in Österreich schlägt sich insbesondere in einem deutlichen Rückgang der Exporte nieder, die in den vergangenen Jahren stets den Konjunkturmotor darstellten. Aber auch bei den Bruttoanlageinvestitionen wird ein markanter Rückgang prognostiziert. Hingegen geht das WIFO von einem positiven Wachstumsbeitrag der heimischen Nachfrage aus, da die relativ hohen Lohnabschlüsse für 2009 das real verfügbare Einkommen, und somit den privaten Konsum, erhöhen.

Die im Ministerrat letzte Woche beschlossene Steuerreform im Volumen von 3,2 Mrd. Euro bestehend aus

- **Tarifentlastung**
  - Volumen der Tarifentlastung: 2,3 Mrd. Euro
  - Grenze, ab der für ein Einkommen Steuern bezahlt werden muss, wird von 10 000 Euro auf 11 000 Euro angehoben.
- **Unternehmerpaket:**
  - Erhöhung des Freibetrags für investierte Gewinne von 10 % auf 13%
  - Entfall der Investitionsbedingung für Gewinne bis 30.000 €
  - Entfall der Begünstigungen für nicht entnommene Gewinne und Stock Options

- **Familienpaket:**

- Erhöhung des Kinderabsetzbetrags um 90 €/Kind/Jahr
- Erhöhung des Unterhaltsabsetzbetrags
- Einführung eines Kinderfreibetrags iHv 220 €/Kind/Jahr bzw. 132 €, wenn ihn beide Elternteile in Anspruch nehmen
- Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten bis 2.300 €/Jahr/Kind
- Steuerfreier Arbeitgeberzuschuss zur Kinderbetreuung iHv 500 €/Jahr/Kind
- **Absetzbarkeit von Spenden**
- **Erhöhung des Maximalbetrags bei der steuerlichen Absetzbarkeit des Kirchenbeitrages von 100 auf 200 €**

wird nochmals zu einer deutlichen Belebung des Konsums führen.

Auch am Arbeitsmarkt wird eine negative Entwicklung erwartet. Angesichts der aktuell vorliegenden BIP-Prognose rechnet das WIFO jedoch mit einem eher moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit (laut Eurostat) von 3,5% im Jahr 2008 auf 3,9% 2009 und 4,1% bis 2010, auch weil das WIFO davon ausgeht, dass die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgeweitet werden. Im Sinne des Ziels „Menschen in Beschäftigung halten“ wird sich auch die Zahl der in Kurzarbeit befindlichen Personen noch deutlich ausweiten.

Österreich ist für diese wirtschaftlich instabile Zeit gut gerüstet. Unser Rüstzeug heißt:

- gesunde Unternehmen,
- gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen
- Menschen mit Verantwortung,
- ein solides Fundament des öffentlichen Haushaltes sowie
- ein funktionierendes soziales Netz, das für alle da ist, die es brauchen, und
- eine Regierung, die die Herausforderungen ihrer Zeit erkennt und danach handelt.

Österreich hat ein hervorragendes Unternehmertum und bestens qualifizierte Arbeitskräfte.

Im Bereich des Finanzmarktes hat die Bundesregierung rechtzeitig, noch vor allen anderen Mitgliedsstaaten, ein umfassendes Bankenpaket beschlossen, denn ein gesundes Bankensystem ist eine der Grundvoraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung. Dieses 100 Milliarden Euro Paket umfasst staatliche Garantien und Haftungen in Höhe von 85 Milliarden Euro, und 15 Milliarden Euro stehen zur Eigenkapitalstärkung der Banken zu Verfügung.

Für die Wirtschaft wurden von der letzten und der aktuellen Bundesregierung bereits 2008 zwei Konjunkturpakete beschlossen. Das 1. Konjunkturpaket („die Mittelstandsmilliarden“) setzt Investitionsanreize (unter anderem 700 Mio. Euro für zusätzliche Bahninvestitionen) und erschließt zusätzliche Finanzierungsquellen für Unternehmen durch die Erhöhung von Haftungen und Kreditmittel für KMU. Außerdem enthält das Paket auch eine Erhöhung der Förderung für Bausparen und Infrastrukturmaßnahmen. Kurz vor Weihnachten wurde ein zweites Konjunkturpaket beschlossen, das Infrastrukturinvestitionen, F&E-Mittel, degressive Abschreibungen und Gelder für die regionale Beschäftigungsoffensive vorsieht.

Um jenen Österreichern, die im Automobilsektor – der in Österreich immer mehr an Bedeutung gewinnt – beschäftigt sind, zu helfen, hat die Bundesregierung im

Ministerrat letzte Woche die sogenannte Verschrottungsprämie beschlossen. Der automotive Sektor umfasst in Österreich etwa 700 Betriebe mit insgesamt über 175.000 Beschäftigten und trägt mit einem Produktionsvolumen von 23,5 Mrd. Euro wesentlich zur österreichischen Wirtschaftsleistung bei.

Mit der am 12.2.2009 beschlossenen Neuregelung der Kurzarbeit wird flexibel auf die derzeitige Wirtschaftskrise reagiert. Dieses Paket kostet 222 Mio. € und stellt sicher, dass qualifizierte ArbeitnehmerInnen auch weiterhin Arbeit haben und nicht mit Arbeitslosigkeit konfrontiert werden.

Zur Stärkung der Kaufkraft wurde auch beschlossen, dass die Pensionen – nicht wie vorgesehen - um 3,2 % sondern um 3,4 % erhöht werden; und dies bereits ab 1.11.2008 und nicht erst ab 1.1.2009. Mit dieser Maßnahme wird die Binnenkonjunktur gestützt.

Im Bereich Gesundheit hat die Regierungsklausur in Osttirol am 10.2.2009 ein umfassendes Kassensanierungspaket beschlossen. Dieses stellt sicher, dass auch in Zukunft die hervorragende Gesundheitsversorgung in Österreich gewährleistet werden kann und es auch zu keiner Zwei-Klassen-Medizin kommt.

In Summe liegen die österreichischen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft derzeit bei knapp 6 Milliarden Euro oder 2% des BIP. Wir liegen damit über den europäischen Vorgaben, die 1,5% des BIP betragen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und die dafür zuständigen Bundesminister werden ersucht, alle im Regierungsprogramm enthaltenen Maßnahmen, die der aktuellen Krisenbewältigung dienen, möglichst rasch umzusetzen.“

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, bei all ihren Gesprächen mit Unternehmen und Institutionen darauf hinzuwirken, dass die Unternehmen sich nicht leichtfertig von Arbeitskräften trennen, um die schwierige Situation gemeinsam zu überwinden und das Know-how und die Kompetenz der Mitarbeiter für den Aufschwung zu nützen und damit zu beschleunigen. Die Unternehmen sollten –so wie der Bund, Länder und Gemeinden – darüber hinaus auch ermutigt werden, geplante Investitionen nicht aufzuschieben, sondern zur Wirtschaftstimulierung umgehend in Angriff zu nehmen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die für 2010 geplanten F&E-Ausgaben von 3% des BIP tatsächlich erreicht werden.“

